

## **Rede zum Haushalt 2012**

**Dr. Florian Janik**

**Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zu Beginn möchte ich mich dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerei und im Personalamt anschließen. Die Zusammenarbeit hat gewohnt gut funktioniert. Lieber Herr Beugel, auch wenn Sie es von unserer Seite in jedem Jahr zu hören bekommen, ist es dennoch keine lästige Routine, sondern ehrlich gemeint: Wir schätzen den offenen und ehrlichen Austausch mit Ihnen in allen Angelegenheiten, die den Haushalt betreffen und wissen, dass das über die Parteigrenzen hinweg in vielen Städten nicht die Regel ist. Herzlichen Dank auch dafür.

Herr Beugel, sie haben bei der Einbringung des Haushaltes einige grundsätzlichen Worte zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland und in Europa verloren. Und ich möchte daran anknüpfen. Ich denke, dass uns die Vorgänge in Europa hier vor Ort in den Kommunen weit mehr betreffen, als vielen von uns bewusst ist.

Das Wort Haushalt ist zurzeit in aller Munde, aber eher selten im Zusammenhang mit der Stadt Erlangen. Kein Tag vergeht ohne neue Meldungen über die Wirtschaftskrise in Europa und neue Spekulationen über die Zukunft des Euro, einzelner europäischer Staaten und auch der gesamten Europäischen Union. Das für mich Erschreckende an diesen Diskussionen ist, dass über das schnöde Geld – eigentlich ja nur ein Hilfsmittel für wirtschaftliche Prozesse – Jahrzehnte der europäischen Integration in Vergessenheit zu geraten scheinen. In neokolonialer Manier schreiben die europäischen Kernländer der südeuropäischen Peripherie vor, wie sie in Ihren Ländern Politik zu gestalten haben, und reden dabei ganz

offen über die temporäre oder auch dauerhafte Umgehung der demokratischen Verfassungen dieser Länder. Sparkommissare, oder etwas unverfänglicher: eine Regierung aus Technokraten, sind hier die immer wieder zu hörenden Stichworte, die angeblich einen Ausweg aus der Krise weisen sollen. Durch diese politische Entmachtung der Menschen in Südeuropa und die brutalen Sparauflagen, die das Leben zum Beispiel in Griechenland in für uns unvorstellbarem Maße beeinträchtigt und die Menschen scharenweise in Armut und Arbeitslosigkeit katapultieren, schüren wir Zorn und Zwietracht in Europa. Und gerade bei den Griechen kommt die Erinnerung an die hässliche Fratze der Deutschen wieder hoch, die auf Grund unserer Geschichte noch im kollektiven Gedächtnis des Landes verankert ist. Wir werden derzeit Zeuge einer schlagartigen Entsolidarisierung Europas. Der alte Grundsatz, dass eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in Europa die Angleichung der Lebensverhältnisse ist, rückt in den Hintergrund. Und die Auswirkungen dieser Diskussion machen auch vor Deutschland nicht halt. Mit der im Kern gleichen Argumentation wird hier – zurzeit noch weniger lautstark – über den Länderfinanzausgleich diskutiert. Und auf der Ebene der Kommunen zeichnet sich bereits heute ein ähnliches Szenario ab. Wenn sich die Politik nicht ändert, ist absehbar, dass bald auch Kommunen, ebenso wie Staaten und Bundesländer, gezwungen werden, zuallererst um die Gunst der Ratingagenturen zu buhlen. Dieses scheinbar neutrale Spiel der Kräfte an den Finanzmärkten überschattet dann nicht nur jede kommunale Politik – viel schlimmer, es wird, wie wir es in Griechenland erleben können, zum alleinigen Zweck von Politik den Märkten zu gefallen. Marktkonforme Demokratie, wie es die Kanzlerin so schön ausgedrückt hat. Schon um dies zu verhindern, um also auch in Zukunft hier vor Ort echte Haushaltsberatungen führen zu können, sollte es zu unserer gemeinsamen Aufgabe werden in unseren jeweiligen Parteien dafür zu sorgen, dass der Finanzmarkt auf das zurückgeführt wird, was er einmal war. Ein Markt auf dem sich Gelder für unternehmerische oder private in jedem Fall aber reale Investitionen beschaffen ließen und nicht ein Casino für renditesuchendes Kapital.

Nun aber zum Erlanger Haushalt. Noch unterliegen wir ja noch nicht diesen Zwängen und können noch über den Haushalt streiten. Zunächst möchte ich für meine Fraktion festhalten,

dass in diesem Jahr die Haushaltsberatungen für die SPD-Fraktion außerordentlich erfolgreich verlaufen sind. Viele unserer Anträge haben eine Mehrheit gefunden. Was inhaltlich, da sie wohlbegründet und mit Augenmaß gestellt waren, nur logisch erscheint, aber im Vergleich zu den Vorjahren eine erfreuliche Verbesserung darstellt. Besonders herausstellen möchte ich dabei zwei Projekte: Das Gemeindezentrum in Frauenaarach und das Freibad West.

Wenn es nach CSU und FDP gegangen wäre, wäre das Gemeindezentrum ja schon einmal fast abgerissen und das Grundstück zum Verkauf angeboten worden. Es ist unserem hartnäckigen Engagement in den Gremien und den vielen ebenso hartnäckigen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu verdanken, dass dieses Zentrum jetzt nicht nur einfach saniert wird, sondern in Zukunft mit runderneuertem Konzept und einer Kinderkrippe, den Menschen in Frauenaarach aber auch darüber hinaus für vielfältige Aktivitäten zur Verfügung stehen wird.

Beim Freibad West ist schon seit vielen Jahren bekannt, dass es ohne eine umfassende technische Sanierung in absehbarer Zeit seine Türen schließen muss. Für die SPD war immer klar, dass man auf dieses Angebot im Stadtwesten mit seiner wachsenden Bewohnerzahl keinesfalls verzichten kann. Und wir fordern schon seit Jahren, dass die Stadt Geld in die Hand nimmt, um mit der Sanierung zu beginnen. In diesem Jahr haben wir dafür auch endlich eine Mehrheit bekommen.

Ob Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, unseren Anträgen zustimmen, weil wir Sie überzeugt haben, weil sie keine eigenen Ideen haben oder weil sie den öffentlichen Druck im Nacken spüren, ist uns letztlich egal. Wir sind überzeugt, dass unsere Ideen gut für diese Stadt sind, und freuen uns, wenn sie umgesetzt werden.

Trotz der Freude über diese Erfolge in Teilbereichen ist der vorliegende Haushaltsentwurf für die SPD-Fraktion nicht zustimmungsfähig. Dies hat zum einen inhaltliche Gründe. Ein wesentlicher Schwerpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik - der lokale Klima- und Umweltschutz, heute auch gerne Energiewende genannt - ist im vorliegenden Haushalt unzureichend berücksichtigt. Bei der Diskussion um die Energiewende in Erlangen vor einigen Monaten im Stadtrat hat es sich ja bereits abgezeichnet. Sie, Herr

Oberbürgermeister und ihre Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP sind zwar gerne bereit, sich verbal zur Energiewende zu bekennen, wenn es aber konkret wird, also der Einsatz und das Geld der Kommune gefordert sind, dann kneifen Sie. „Verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre.“ Dieser schöne Ausdruck des Soziologen Ulrich Beck im Zusammenhang mit der Gleichstellungspolitik ist auch für ihr Verhalten beim Thema Energiewende eine mehr als treffende Beschreibung. Uns ist klar: Ohne klare ordnungspolitische Vorgaben, die Sie scheuen, und ohne den Einsatz finanzieller Mittel von Bund, Land und Kommunen ist die Energiewende zum Scheitern verurteilt noch ehe sie richtig begonnen hat. Das Nichthandeln der Bundesregierung und das zögerliche Handeln der Staatsregierung dürfen dabei keine Entschuldigung für uns vor Ort sein. Wir haben heute daher eine Auswahl unserer Haushaltsanträge zu diesem Thema eingebracht und stellen erneut zur Abstimmung die energetische Sanierung der Wirtschaftsschule, zusätzliche Mittel für den Ausbau des Radwegenetzes, Planungsmittel für die Stadtumlandbahn und weitere Projektmittel.

Ein paar kleinere, aber dennoch nicht unbedeutende Punkte beantragen wir heute ebenfalls erneut: Das Kulturprojektbüro benötigt für die Weiterführung des Erlanger Kulturservices, ein wichtiges Serviceangebots im Bereich der kulturellen Bildung für Schulen und Kindertagesstätten, dringend personelle Unterstützung. Ein Ausfallen oder Verschieben des Fests „Miteinander Leben in Erlangen“ des Ausländer- und Integrationsbeirates halten wir nicht nur auf Grund der derzeitigen Debatte über die Erlanger Integrationspolitik für ein völlig falsches Signal. Um Jugendlichen in der Innenstadt Raum zu geben, setzen wir auf den Bau des Jugendtreffs am E-Werk, und die Wiederherstellung des Bolzplatzes an der Pommernstraße halten wir für ebenso unverzichtbar wie die Bürgerinnen und Bürger am Anger auf der jüngst durchgeführten Bürgerversammlung. Den Antrag auf zusätzliche Mittel für die Kindergruppe des Frauenhauses hatten wir in der Ausschusssitzung zurückgezogen, da Bürgermeisterin Preuß ausgeführt hatte, dass die Mittel in diesem Jahr nach Rücksprache mit dem Träger nicht benötigt würden. Diese Information hat sich als falsch herausgestellt, und daher stellen wir den Antrag heute erneut und erwarten im Verlauf der

Debatte auch eine Erklärung der Bürgermeisterin, warum diese falsche Information im Ausschuss von ihr vorgetragen wurde.

Neben diesen inhaltlichen Mängeln des vorliegenden Haushalts, lehnen wir ihn aber auch aus finanz- und personalpolitischer Verantwortung heraus ab.

Dieser Haushalt ist ein Beleg dafür, dass diejenigen, die in dieser Stadt regieren, nicht über den Tag hinaus denken und konzeptlos an der Spitze dieser Stadt stehen. Und dabei merken sie noch nicht einmal, wie sie sich in Ihre eigenen Widersprüche verstricken.

Sie, Herr Oberbürgermeister und Herr Dr. Ruthe, haben sich eben für einen Haushalt ohne Neuverschuldung gebrüstet und haben dies immer wieder als Ziel auch für die kommenden Jahre ausgegeben. Wenn Sie das tatsächlich ernst meinen und gleichzeitig bei Ihrer ablehnenden Haltung zu Konsolidierungen auf der Einnahmeseite, sprich Steuererhöhungen vor allem bei der Gewerbesteuer, bleiben, sind aber auch viele der von Ihnen gefassten Beschlüsse wertlos. Das erschließt sich auch dem ungeübten Auge schon bei einem kurzen Blick auf die mittelfristige Finanzplanung. Bereits für 2013 klaffen hier Millionenlöcher, und da ist das aufgestockte Schulinvestitionsprogramm noch gar nicht enthalten. Wenn Sie das heute beschlossene Investitionsprogramm tatsächlich realisieren wollen, also das Schulsanierungsprogramm in seiner aufgestockten Form umsetzen, den Krippenausbau voranbringen, das Freibad West sanieren und so weiter und so fort, dann wird das nicht ohne weitere Kredite gehen. Diese Situation wird noch dadurch verschärft, dass sie neue freiwillige Leistungen schaffen, die aus unserer Sicht weder notwendig noch zielführend sind. Beispiel gefällig: Das Archiv. Nicht genug, dass sie es in einem völlig ungeeigneten Gebäude untergebracht haben, das uns in Zukunft noch viele Millionen kosten wird. Sie sind auch noch dabei, dieses Archiv zu einer Einrichtung zu machen, die sich mit Ausstellungen öffentlich präsentieren soll. Sie schaffen damit überflüssige Doppelstrukturen, denn es gibt bereits eine Einrichtung, die Ausstellungen zur Stadtgeschichte konzipiert, unser Erlanger Stadtmuseum. Und als nächstes rufen Sie dann wahrscheinlich wieder eine teure Beraterfirma zu Hilfe oder führen die xte Aufgabenkritik durch, um Einsparungen zu realisieren.

Auch ein anderer Aspekt Ihrer Haushaltspolitik ist in sich widersprüchlich und entbehrt jeder Logik. Einerseits schaffen Sie in diesem Jahr viele neue Stellen, andererseits erhalten Sie den Druck auf die Beschäftigten durch die Wiederbesetzungssperre aufrecht. Diese hat nachgewiesenermaßen nicht besonders viel gebracht, aber in den Ämtern den Arbeitsdruck massiv verstärkt. Und wenn deshalb oder aus anderen Gründen Probleme auftauchen, wie zum Beispiel im Jugendamt, wo auf Grund der Personalsituation der Ausbau der Krippenplätze massiv gefährdet ist, reagieren sie spät, meist nach Aufforderung aus den Reihen der Opposition und manchmal auch gar nicht. Eine vorausschauende Personalpolitik, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und ihrer Töchter mitnimmt und an den Projekten – und auch an der Haushaltskonsolidierung – beteiligt, findet nach wie vor nicht statt.

Dieser Haushalt, Herr Oberbürgermeister und liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie gleich zustimmen werden, ist mit Konzept- und Ziellos noch sehr wohlwollend umschrieben. Er findet daher trotz manch guter, meist von der Opposition eingebrachter Projekte nicht die Zustimmung der Sozialdemokratie.

Unsere Antwort auf die Haushaltslage der Stadt Erlangen kennen Sie: Erstens dauerhafte Verbesserungen auf der Einnahmeseite. Dies versetzt die Stadt in die Lage zusätzliche Investitionskredite aufzunehmen, um damit in die dringend notwendige und vernachlässigte Infrastruktur zu investieren. Vernachlässigte Infrastruktur sind übrigens ebenfalls Schulden, die wir der nächsten Generation überlassen. Bei allen Ausgaben setzen wir zweitens auf konsequente politische Schwerpunktsetzung auf die Bereiche Bildung und Kinderbetreuung, soziale Infrastruktur und Ökologie. Einem Haushalt der diese Schwerpunkte setzt, werden wir gerne zustimmen. Und weil wir für einen solchen Haushalt auch in Zukunft mit Ihnen streiten wollen, ist das eingangs zu Europa und den Finanzmärkten Gesagte von so entscheidender Bedeutung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.